

## **Interview mit Ulrich Schneider, Paritätischer Gesamtverband zum Streit um Mindestlohn**

**27.06.2023, 08:15 Uhr**

**Schulz:** Am Telefon ist jetzt Ulrich Schneider, der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, schönen guten Morgen.

**Schneider:** Schönen guten Morgen, hallo.

**Schulz:** 12,41 Euro ab 2024 und 12,82 Euro dann ab 2025. Was bedeutet das für die Menschen, die den Mindestlohn beziehen?

**Schneider:** Das bedeutet für die Menschen, die Mindestlohn beziehen und das bedeutet es auch nach dieser kleinen Erhöhung um 3,4 Prozent, dass sie im Moment überhaupt nicht wissen, viele nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen. Also, dieser Mindestlohn heißt ja, wenn ich 40 Stunden arbeite in der Woche, 2.100 Euro brutto. Wenn ich Single bin, komme ich auf etwa 1.500 Euro netto. Habe ich eine Familie noch, also als Alleinerziehende, beispielsweise noch ein Kind, 1.700 Euro habe ich dann im Portemonnaie. Kindergeld kommt drauf. Also, das reicht bei diesen Preissteigerungen im Moment vorne und hinten nicht. Das heißt, die, die wirklich ganz unten stehen, die werden nach wie vor alleine gelassen. Das muss man einfach so sehen. Dieser Mindestlohn wird ganz viele Haushalte nicht aus der Armut holen.

**Schulz:** Ich kann Ihre Enttäuschung hören. Würden Sie denn sagen, lieber keinen Mindestlohn als einen schlechten Mindestlohn?

**Schneider:** Nein, überhaupt nicht. Wir brauchen einen vernünftigen Mindestlohn. Die Frage ist doch, was ein Mindestlohn soll. Ein Mindestlohn soll doch dafür sorgen, dass Menschen, die Vollzeit ... zumindest die, die Vollzeit tätig sind, auch wirklich vor Armut geschützt werden, dass sie eigentlich auch ohne staatliche Alimentierung auskommen und ihr Leben bestreiten können. Das hat doch auch was, ja, mit Teilhabe zu tun, hat auch was mit Wertschätzung für Arbeit zu tun. Und diese 12,41 Euro, diese 3,4 Prozent Erhöhung, also wirklich schlimmer kann man seine Nichtwertschätzung doch gar nicht zum Ausdruck bringen. Das ist es doch, was dahintersteckt. Deswegen sagen wir, das ist wirklich, wie auch Frank Bsirske sagte, der ehemalige Chef von Verdi, das ist ein Mindestlohn, den kann man in die Tonne treten.

**Schulz:** Aber diese Entscheidung der Mindestlohnkommission, die ja in dem Verfahren, in dem Rahmen, der dafür genau vorgesehen ist, zustande gekommen ist, das in Zweifel zu ziehen, ist das nicht auch ein kleines bisschen gefährlich?

**Schneider:** Ich sage mal so, diese Mindestlohnkommission ist aus unserer Sicht völlig falsch zusammengesetzt. Der Begriff suggeriert ja, da säßen Fachleute. Man stellt sich da vor, so ein paar Professoren, die sich Gedanken machen über diese Gesellschaft und wie sie zusammengehalten werden kann und was Menschen ganz

unten brauchen. Dem ist ja nicht so. Es hat ja – das hat sich ja auch gestern wieder gezeigt – in dieser Mindestlohnkommission sitzen Verbände mit knallharten Interessen, unterschiedlichen Interessen. Da wird gefeilscht. Da geht es wirklich um Vorteile, die jeder rausziehen will. Das ist der Charakter dieser Kommission. Dass man gestern zum ersten Mal sich auch nicht einigen konnte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ist nichts anderes als ein Ausdruck der allgemeinen Situation heute, dass nämlich Deutschland noch nie so tief gespalten war und sich die Interessen noch zwischen arm und reich, vor allen Dingen auch noch nie so unversöhnlich gegenübergestanden haben, wie in diesen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen.

**Schulz:** Aber Herr Schneider, die Verbände, die da vertreten sind in der Mindestlohnkommission, das sind ja keine dunklen Mächte, sondern das sind Vertreter der Tarifparteien, die ja in unserem Land, je nach dem Prinzip der Tarifautonomie auch dafür zuständig sind, eben genau diese Aushandlungsprozesse um Gehälter, um faire Löhne auszutragen. Was ist denn daran fehlbesetzt?

**Schneider:** Na ja, fehlbesetzt ist Folgendes: Der Mindestlohn, der gesetzliche Mindestlohn ist und wird ja nur dann notwendig, wenn die Tarifparteien, die tatsächlich und vernünftigerweise das untereinander ausmachen sollen, es nicht auf die Reihe bekommen, das heißt, wenn sie nicht in der Lage sind, Tarife abzuschließen, wo alle Menschen einen auskömmlichen Lohn erhalten. Dafür ist der Mindestlohn geschaffen, der gesetzliche. Sonst bräuchte man ihn ja gar nicht. Wenn man jetzt die gleichen Parteien, die es offensichtlich nicht schaffen, für alle diese auskömmlichen Löhne zu verhandeln, hinsetzt und sagt, jetzt verhandelt ihr den Mindestlohn, dann ist das die Quadratur des Kreises. Das kann ja überhaupt nicht funktionieren. Es hat ja auch beim letzten Mal nicht funktioniert. Es wurde ja der Mindestlohn par ordre du mufti auf 12 Euro angehoben, nicht, weil die Tarifparteien das vorgeschlagen hätten.

**Schulz:** Das wird ja auch kritisiert, eben als Verstoß gegen die Tarifautonomie. Aber wenn Sie sagen, also das sind nun wirklich die falschen Player, dann bleibt ja eigentlich fast nicht viel anderes als den Mindestlohn politisch festzusetzen. Und das ist doch dann wirklich der Abschied von der Tarifautonomie.

**Schneider:** Wir haben in England auch eine Mindestlohnkommission. Das sind aber unabhängige Menschen, die da sitzen. Also, das sind Professoren und andere, die jetzt nicht, sagen wir mal, mitverschuldet haben, dass man überhaupt einen Mindestlohn braucht und die keine irgendwelche Interessen jetzt direkt für sich und für ihre Klientel vertreten und das ...

**Schulz:** Ja, aber dass sie Interessen vertreten, das will man ja eigentlich schon hoffen, dass da Interessen vertreten werden.

**Schneider:** Na, in Kommissionen, die wirklich unabhängige Sachverständigenkommissionen sind, will ich nicht das Verbandsinteressen vertreten werden, wo man seiner Klientel auch was schuldig ist, sondern dass man wirklich den Kopf frei hat und sich Gedanken macht: Wie geht es Deutschland und wie kann

es auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland weitergehen? Ich bin auch der Ansicht, dass eine Mindestlohnkommission dann einen Vorschlag unterbreiten sollte, dem Parlament. Und, weil es so wichtig ist, dieser Mindestlohn, sollte in der Tat die Volksvertretung darüber, das Parlament, der Deutsche Bundestag, darüber befinden und nicht in irgendeiner Richtlinie eine Anordnung erfolgen.

**Schulz:** Aber Herr Schneider, ein wirtschaftliches System, in dem Löhne politisch festgesetzt werden, nach politischen Mehrheiten im Parlament, das ist doch Planwirtschaft.

**Schneider:** Das ist keine Planwirtschaft, nein. Planwirtschaft ist was anderes. Dann hätten ja wirklich ganz viele Länder Planwirtschaft. Dann wäre die ganze EU ja letztlich planwirtschaftlich, denn ich will daran erinnern, die EU hat allen ihren Mitgliedstaaten auferlegt – und das muss auch Deutschland bis Ende 2024 umgesetzt haben – einen Mindestlohn zu schaffen, der mindestens 60 Prozent des sogenannten mittleren Lohns in einer Gesellschaft umfasst. Wenn Sie sagen, das ist Planwirtschaft, okay, dann ist das offensichtlich EU-Planwirtschaft. Ich habe unter Planwirtschaft natürlich völlig andere Fantasien.

**Schulz:** Genau. Also, ich möchte jetzt einmal noch laut und deutlich dazu sagen, ich konfrontiere Sie hier mit Gegenargumenten einfach, weil das mein Job ist als Moderatorin und nicht, dass hier der Eindruck entsteht, dass ich persönlich die Agenda habe oder was dagegen habe, dass die Menschen besser verdienen. Das vielleicht einmal zur Transparenz dazugesagt. Und als nächstes Gegenargument habe ich auf dem Zettel, dass – was Sie ja auch schon angesprochen haben – zuletzt ja der Mindestlohn eben politisch erhöht wurde, und zwar um einen deutlich größeren Sprung als die Mindestlohnkommission das sich vorgestellt hätte.

**Schneider:** Ja, das ist passiert und das ist aber auch vernünftig. Deshalb, weil die Menschen restlos abgehängt waren mit diesem Mindestlohn von etwas über 10 Euro zu diesem Zeitpunkt. Und da war politisches Eingreifen einfach notwendig. Und genauso ist es heute notwendig. Und es ist ja die Aufgabe der Politik, diese Gesellschaft zusammenzuhalten. Das ist damals passiert. Traurig nur, es konnte offensichtlich nur passieren, weil Scholz im Wahlkampf dieses Versprechen abgelegt hatte. Es kommen die 12 Euro. Sobald man keinen Wahlkampf hat, so gewinnt man den Eindruck, geht es weiter wie bisher.

**Schulz:** Aber, Herr Schneider, Sie haben jetzt noch keine Silbe dazu gesagt, dass ja teilweise auch die Arbeitgeberseite, die Betriebe, die Unternehmen, dass die auch zu knapsen haben, dass die auch mit hohen Kosten zu kämpfen haben, mit Energiekosten. Also, wo soll das Geld herkommen? Oder ist es dann im Zweifelsfall auch hinzunehmen, dass dann Jobs verlorengehen?

**Schneider:** Ich denke mal, erstens braucht man da keine Angst haben. Ich weiß noch, als wir 2015 den Mindestlohn auf 8,50 Euro erstmalig eingeführt haben. Da hieß es damals vom ifo Institut, Herr Simms und andere, dass wir 2016 nicht mehr einen Friseur und eine Friseurin vorfinden werden und auch kein Taxi mehr rufen werden können, weil diese Jobs alle würden verloren gehen. Genau das Gegenteil

ist passiert. Als jetzt auf 12 Euro erhöht wurde, hatten wir genau das gleiche Szenario, wieder das Schreckensszenario seitens der Arbeitgeber. Es werden Hunderttausende von Jobs verlorengehen. Nichts ist passiert. Da sind keine Jobs durch 12 Euro verlorengegangen. Mit anderen Worten: Diese Szenarien, die da aufgemalt werden, sind bisher noch nie eingetreten und ich sage auch, die würden auch bei 14 Euro – was wir als Parität ja fordern – nicht eintreten. Das ist das eine. Das andere ist: Wir haben in der Wirtschaft zurzeit für viele Betriebe schwierige Situationen, auch für viele Menschen. Und deswegen treten wir schon immer dafür ein, dass man zielgenau diese Betriebe und die Menschen, die es brauchen, unterstützt. Wir hätten wesentlich weniger Schwierigkeiten, haushaltspolitisch, wenn wir das Geld nicht regelmäßig in den Entlastungspaketen mit einer Gießkanne über das Land verteilen würden und dabei auch die fördern, die es im Zweifelsfalle gar nicht brauchen.

**Schulz:** Sagt Ulrich Schneider, der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes heute Morgen hier bei uns im Deutschlandfunk, danke schön.

**Schneider:** Ich danke, tschüss.

**Schulz:** Tschüss.